

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 50 000 Mark. Einzelne Nummern 2 000 Mark.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 295 — Schriftleitung Nr. 14 574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteile 6 000 Mark, die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 10 000 Mark, unter Einzahlung 20 000 Mark. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Sanitäts-Befehle, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatskassen und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. E. Oskar Edel in Dresden.

Nr. 177

Mittwoch, 1. August

1923

Was erfordert die Stunde?

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Herz, der zu dem die wirtschaftlichen Probleme für seine Fraktion im Reichstage behandelt, überfand uns zu der Frage: „Was muß geschehen?“ einen Artikel. Wir geben daraus die nachstehenden Ausführungen wieder:

Unsere jetzige Lage ist das Ergebnis jener ungeheuren Finanzverrentung, die entstanden ist durch den außenpolitischen Druck und die innerpolitische Unzulänglichkeit. Unsere schwebende Schuld vermehrt sich um 2 Millionen täglich. Unsere Steuererträge betragen nur 2 bis 3 Proz. unserer Ausgaben. Verschlossene Steuern werden entwirrt und verpölet entrichtet. Das Reich trägt die gesamten Lasten aus der Inflation. So lange dieser Zustand andauert, ist der Verfall der Währung, der Verfall der Wirtschaft, das Anknüpfen der Not und die Verschärfung der innerpolitischen Zustände nicht aufzuhalten.

Wir müssen deshalb den Versuch unternehmen, die Finanzverhältnisse des Reiches zu bessern. Wie ist dieses Ziel zu erreichen? Bisher sagte man, daß die Besitzsteuern in Deutschland bis zur Unerschöpflichkeit angespannt seien und weitere Lasten nicht ertragen werden könnten. Das war falsch und das ist falsch! Die Inflation hat alle

Wirtschaft auf eine andere Weise, ist nicht damit zu rechnen, daß sie die großen Beiträge bringt, die neben den neuen Steuererträgen zur Deckung der Reichsausgaben notwendig sind. Hand in Hand damit aber muß auch eine neue Stützungsaktion gehen. Reichsregierung und Reichsbank haben es ja leider soweit gebracht, daß das Vertrauen zu wirksamen Eingriffen auf dem Realwarenmarkt sehr gering geworden ist. Testwegen, und weil das Problem von allen Seiten her angepackt werden muß, muß man auf die reichen Devisenbestände der Wirtschaft zurückgreifen und sie für Stützungs-zwecke der Reichsregierung verwenden.

Die Absichten der Reichsregierung haben nicht den Eindruck erweckt, daß durch sie die große befreiende Tat eingeleitet wird, die wir zur Rettung in letzter Stunde gebrauchen. Das ist, von allem anderen abgesehen, der schwerste Mangel der Regierungserklärung. Solange bei den Inflationisten der Wortschatz der Einbrüche bleibt, es werden wiederum nur halbe Maßnahmen getroffen, die Inflation geht weiter,

ändert sich ihre Haltung nicht. Deshalb ist der Grundgedanke der sozialdemokratischen Forderungen: Keine halben Maßnahmen, sondern ganze! Keine Maßnahmen für die Zukunft, sondern erst Maßnahmen für den unmittelbaren Augenblick! Unablässige Bekämpfung der Finanzverrentung, der Inflation, der Verschwendung der Reichsbank, Tragung der bisher durch die Inflation entstandenen Kosten durch den Staat!

Lebensmittelkatastrophe an der Ruhr?

Wie die „Kölnische Zeitung“ aus dem Ruhrgebiet meldet, schreitet die Lebensmittelknappheit im ganzen Gebiete fort. Die Wochenmärkte machen einen geradezu trübseligen Eindruck, da jährliche Handelsartikel und Gegenstände überhaupt nicht mehr erscheinen. An den wenigen Verkaufsstellen drängen sich die Käufer in langer Reihe.

Die Gewerkschaften beim Reichskanzler.

Berlin, 31. Juli.
Die Vertreter der Spitzenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten überreichten gestern nachmittag dem Reichskanzler ihr Programm, das sich im wesentlichen mit den Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes deckt, aber darüber hinausgehend die sofortige Erhebung einer Vermögenssteuer auf alle landwirtschaftlichen, kommerziellen und industriellen Betriebe sowie eine werbeständige Vermögenssteuer verlangt und diese Steuern zur Finanzierung der Goldanleihe benutzen will.

Entscheidend war die Reichskanzler auf die dahingehenden Forderungen der Gewerkschaften, insbesondere das Verbot über die Anpassung der Steuern an die Geldentwertung, sowie die Dollaranleihe hin.
In der Aussprache kam nach dem „Vorwärts“ sehr deutlich zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften das Vertrauen zur Regierung verloren haben. Der erste ihrer Sprecher, der Vorsitzende des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Leipziger gab seinem Gefühl freien Ausdruck.

Er sagte, es müsse darauf hingewiesen werden, daß die Gewerkschaften wiederholt Vorschläge gemacht hätten, daß immer wieder gesagt worden sei, diese Forderungen würden geprüft und berücksichtigt. Zuletzt sei dann doch nichts geschehen. Besonders charakteristisch für die Haltung der Regierung sei beim Beginn der gemeinsamen Stützungsaktion ihre positive Erklärung gewesen, daß es gelingen werde, den Devisenkurs auf 20 000 Mark zu halten. In dieser Beziehung habe die Reichsregierung die Aktion gegen die Löhne unternommen. Nicht sei geschehen gegen die Steuerentlastung, und was geschehen sei, sei danebengeblieben. Ein weiteres Mitglied der Delegation des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Knoll entwickelte dann im einzelnen die Vorschläge der Gewerkschaften, denen sich in allen wesentlichen Punkten auch die Vertreter der christlichen Gewerkschaften durch ihren Sprecher Walbrun anschließen, obwohl sie schon vorher ein eigenes Memorandum an die Reichsregierung geschickt hatten.

Reichsbankpräsident Havenstein verteidigte die Devisenpolitik der Reichsbank. Er stellte Maßnahmen gegen solche Unternehmen in Aussicht, die Kredite aufnehmen, obwohl sie sich die erforderlichen Mittel durch Verkauf von Waren oder Devisen beschaffen könnten. Er erklärte, daß die Reichsbank mit werbeständigen Krediten nicht während abtrübe Wirtschaft auf seine Rechnung eingestuft sei. Minister Wedder verteidigte seine Devisenpolitik, während Staatssekretär Japs die einzelnen Steuererleichterungen erläuterte, die von den Gewerkschaftsvertretern kritisiert wurden. Reichskanzler Cuno versprach eine weitere Prüfung der Gewerkschaftsforderungen und stellte anheim, weitere Vorschläge der Reichskanzlei einzuschicken.

Ein Aufruf der deutschen Landwirtschaft.

Berlin, 1. August.
Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft erließ einen Aufruf, in dem es heißt:

Auf den Feldern harret eine gute Ernte-ernte der Vergangenen. Was schon gedroschen ist und zum Verkauf kommen kann, muß unverzüglich der rüstigen Bevölkerung zugeführt werden. Wo es der Reifegrad der Kartoffeln gestattet, müssen sie den Verbrauchern umgehend und möglichst reichlich geliefert werden. Was in den Krüften der deutschen Landwirtschaft liegt, muß jetzt geschehen. Wer in dieser Zeit der Not im Reiche versagt, schädigt die Gesamtheit des Volkes und damit am schwersten seinen eigenen Berufsstand.

Am Dienstag morgen begann in der Reichskanzlei eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern der Landwirtschaft über die Ernährungsfrage. Die Besprechungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Trotz der zunehmenden Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, insbesondere mit Kartoffeln und Getreide, glaubt der Ernährungsminister Lütke, daß die Kartoffelknappheit bald überwunden wird. Er hofft, daß die Land-

Die Zahlung der Beamtengehälter.

(N.) Der Bund Sächsischer Staatsbeamten veröffentlicht eine Mitteilung unter der Überschrift: „Die Sächsischen Beamten auf kolben Gold gelobt“, die nicht unwidersprochen bleiben darf.

Zunächst wird bemängelt, daß die Sächsische Regierung den Beamten keine Kohlenkredite geben hat. Dagegen ist zu sagen, daß die Sächsische Regierung logisch, als bekannt wurde, daß die Kohlenbeamten Kohlenkredite erhielten, bei der Reichsregierung beantragt hat, auch für die Sächsischen Beamten Beschlüsse zur Verfügung zu stellen. Das ist nicht geschehen. Zinslose Beschlüsse hätte die Sächsische Regierung nicht geben können, da auch das Reich dem Lande solche Summen nicht jenseits zur Verfügung stellt; die Übernahme der Zinsen auf den Staat aber kann bei der jetzigen Finanzlage nicht verantwortet werden.

Da die Sächsische Regierung die Summen für Kohlenkredite nicht aufbringen konnte, hat sie sich entschlossen, den Staatsbeamten am 1. August auch die Septemberbezüge mit auszuholen. Es ist unübersehbar, wie der Bund Sächsischer Staatsbeamten aus der Verordnung in der Sächsischen Staatszeitung vom 24. Juli dieses Jahres folgern zu müssen glaubt, daß die Beamten nur die Hälfte ihrer Bezüge erhalten würden. Bekanntlich sind in den vergangenen beiden Wochen von der Reichsregierung mit den Beamten gewerkschaften Grundzüge über die Werbeständigkeit der Gehälter vereinbart worden, die auch eine Änderung in der Zahlungsweise mit sich gebracht haben. Danach sollen die im Laufe eines Monats bewilligten Erhöhungen jeweils nur für den halben Monat zur Zahlung angewiesen werden, während bei Monatsgehältern am Monatsersten das Gehalt nach dem Stande des letzten Tages des vergangenen Monats und bei Vierteljahrsgehältern am Vierteljahrsersten das Gehalt für drei Monate nach dem Stande des letzten Tages des vergangenen Monatsverleitetes gezahlt werden soll. Da zunächst nicht zu übersehen war, ob das Reich Sachsen für den 1. August mit Rücksicht auf die versägte September-Borauszahlung nach den Grundzügen für Vierteljahrszahlung behandeln würde, konnten die Zahlungen für August und September zunächst nur nach dem Stande von 237 Proz. Ausgleichszuschlag bewilligt werden. Darüber hinaus hat die Sächsische Regierung bereits für die Zeit vom 1. bis 15. August die Zahlung des Unterschiebsbetrags von 237 auf 574 Proz. Ausgleichszuschlag angewiesen, jedoch, wie ausdrücklich hervorzuheben ist, die Sächsischen Staatsbeamten insoweit am 1. August bereits Bezüge erhalten haben, die

den Vierteljahrsbeträgen unter den Reichsbeamten noch nicht zur Verfügung stehen. Nachdem aber weiter dem Reiche die Monatszahlungen unter Augustbezugung von Monatszahlung zur Verfügung gestellt worden sind, hat die Sächsische Regierung bereits die erforderlichen Schritte in die Wege geleitet, den Sächsischen Staatsbeamten den Unterschiebsbetrag von 237 auf 574 Proz. Ausgleichszuschlag auch für die zweite August-Hälfte unbeschadet der noch für August zu erwartenden weiteren Erhöhungszahlung auf die erste August-Hälfte unverzüglich nachzahlen zu lassen.

Daraus ist ohne weiteres ersichtlich, daß die Sächsische Regierung alles getan hat, um der Beamtenpflicht in weitestem Maße entgegenzukommen. Sie will jedenfalls, soweit an ihr liegt, dafür sorgen, daß die Sächsischen Beamten nicht ungünstiger als die Reichsbeamten gestellt werden. Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß schon die bloße Vorauszahlung der Septemberbezüge den Widerspruch der Sächsischen Gemeinden hervorgerufen hat, die sich nicht in der Lage sehen, ihren Beamten in gleicher Weise Vorauszahlungen zu leisten.

Darüber, ob die einvierteljährliche Gehaltszahlung am 1. Oktober 1923 allgemein eingeführt werden kann und welche Folgen daraus für die Behördenangestellten, für die übrigen vorläufig bereits die vierzehntägige Vorauszahlung eingeführt ist, und die Staatsarbeiter zuziehen sind, wird das Staatsministerium demnächst Bericht legen.

Beschleunigte Behandlung gewerkschaftlicher Schlichtungsgesuche.

Berlin, 1. August.

In dem im Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Richtlinien über die Möglichkeit der Erhaltung der Kaufkraft der Arbeiterentlohnung hat, wie der Anklische Preussische Pressedienst mitteilt, der Minister für Handel und Gewerbe den Demobilisationskommissar ersucht, die Schlichtungsausschüsse auf die große Verantwortung aufmerksam zu machen, die angeht die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Lage auf allen ruht. Die meisten dieser Ausschüsse, dem Ersuchen der Gewerkschaften mit größtmöglicher Beschleunigung stattzugeben. Es gehe unter keinen Umständen an, daß die Schlichtungsausschüsse die Anträge der Arbeitnehmerverbände in Gesamt-Prelligkeiten zunächst in der Absicht den Antragsgenern zur Äußerung zugehen ließen. Auf Antrag der Verbände sei sofort die Gegenpartei unter Benutzung aller technischen Hilfsmittel auf den nächstmöglichen Termin zur Verhandlung zu laden.

Bezugsteuer

unterstützt und unweiskam gemacht. Jetzt gilt es, sie werbeständig zu machen, die volle Last der Geldentwertung den Steuerpflichtigen aufzulegen, das Reich vor der Entwertung der Steuern zu schützen. Da dieser Umbau des Steuerwesens aber Zeit erfordert, mehr Zeit, als im gegenwärtig die steigenden Zinsen lassen, so müssen Notmaßnahmen getroffen werden, die sofort wirken und uns damit die Zeit schaffen, die wir zur endgültigen Sanierung der Reichsfinanzen gebrauchen.

Von diesen Gedanken ausgehend, wollen die finanzpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie durch Zugriffe die bereits bestehenden Steuern und die Reichseinnahmen in kürzester Frist zu erhöhen, daß auf die Arbeit der Rentenpresse ganz oder im größten Umfang verzichtet werden kann. Es soll keineswegs verkannt werden, daß solche mechanischen Zugriffe langerechnigkeiten mit sich bringen. Für diejenigen, deren Einkommen nicht gleichen Schritt mit der Geldentwertung hält, wird die Entziehung dieser Steuern in kurzer Frist wahrscheinlich manchmal eine Härte bedeuten. Soll man aber deshalb auf diese Maßnahmen überhaupt verzichten? Sicherlich wird das von jenen Gruppen, die bisher jede wirksame Besteuerung des Vermögens zu verhindern wußten, auch diesmal wieder versucht werden. Demgegenüber sei nur auf zwei Tatsachen hingewiesen. Ohne drakonische Maßnahmen gibt es überhaupt keine Rettung. Dann wird der Verfall der Wirtschaft und der Verfall Deutschlands unaufhaltsam. Keine Besteuerung ist so ungerecht und zerstörend als die Inflationsteuer. Auch der mechanische Maßstab bei Verbilligung der Einkommensteuer und Zwangsanleihe usw. ist ein Ideal an Gerechtigkeit gegenüber der Besteuerung durch die Rentenpresse.

Die Sozialdemokratie will aber nicht nur finanzpolitische Maßnahmen. Sie stellen zwar das Kernstück der Maßnahmen dar, von denen eine Entspannung der Lage zu erwarten wäre. Sie müssen aber unterstützt werden durch andere Maßnahmen, die das Problem von der Währungsseite her auflösen. Neben der Finanzverrentung hat nichts so sehr zum Währungsverfall beigetragen, wie die Verschwendung der Reichsbank. Die Kreditpolitik der Reichsbank hat zu der ungeheuerlichsten Verrentung der Sachwertbesitzer und Spekulanten geführt.

Neben diesen beiden Maßnahmen aber ist erforderlich die Ausgabe einer werbeständigen Reichsanleihe. Sie ist jetzt endlich für die nächsten Tage zu erwarten. Aber wenn sie nicht gesichert wird durch die Sachwerte der Wirtschaft oder das Gold der Reichsbank, oder auch pro-